



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 22.01.2015, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Bauhofstraße - Mehrfachbeauftragung - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** eröffnet die Sitzung und übergibt das Wort an Herrn **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung). Dieser erinnert an bereits stattgefundene Beratungen zur Neubebauung in der Bauhofstraße. In einer Präsentation stellt er noch einmal die historischen Aufnahmen einer aktuellen Luftbildaufnahme gegenüber. Diese Ansichten belegten, dass es an dieser Stelle städtebaulich unbedingt erforderlich sei, durch ein neues Gebäude wieder eine Raumkante zu schaffen. Diese Überlegung sei auch Grundlage des Beschlusses des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung gewesen, für dieses Projekt eine Mehrfachbeauftragung durchzuführen. Weiter nennt er die Vorgaben, die den beauftragten Büros an die Hand gegeben wurden und berichtet über die zwischenzeitlich vorliegenden Ergebnisse der Mehrfachbeauftragung. Von den insgesamt sechs eingereichten Arbeiten käme laut Einschätzung des Preisgerichtes ausschließlich der Entwurf des Büros M. GmbH aus Stuttgart zur Weiterentwicklung in Frage. Hierbei handle es sich insgesamt um einen sehr schlüssigen Entwurf, bei dem bereits viele Details berücksichtigt worden seien und der durch einen klaren und durchdachten Grundriss überzeuge. Änderungen seien aber sicherlich in der Fassadengestaltung erforderlich. Als weiteres Vorgehen sei geplant, zunächst die Ergebnisse der Mehrfachbeauftragung im Foyer des Rathauses auszustellen um dann mit Zustimmung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt nach einem geeigneten Investor zu suchen um dann mit dem Bau nach der Eröffnung des Marstall-Centers beginnen zu können. Herr Kurt bittet daher das Gremium um das Signal, dass auf Grundlage der abgegebenen Arbeit mit dem Büro M. GmbH Stuttgart weitergearbeitet werden solle.

Stadtrat **Braumann** bestätigt die Aussagen von Herrn Kurt hinsichtlich der Schlüssigkeit des Entwurfs des Büro M. GmbH. Er regt jedoch an, die Dachlandschaft und die Fassadengestaltung noch der Umgebungsbebauung anzupassen. Außerdem wünsche er sich noch eine Aussage über den Erhalt des bestehenden Kinderspielplatzes.

Insgesamt sehr gelungen, beurteilt Stadträtin **Steinwand** den Entwurf, zu dem sie sich noch ein Modell wünsche. Sie erkundigt sich, ob es bereits einen Investor in der engeren Wahl gebe und bittet darum, bei der Umsetzung unbedingt darauf zu achten, dass die jetzt gemachten Vorgaben, wie zum Beispiel die CO₂-Neutralität, unbedingt auch eingehalten würden.

Stadträtin **Liepins** hingegen gefalle der Entwurf nicht so gut, da sich ihrer Meinung nach die Fassade nicht in die Umgebung einpasse. Unter Umständen wäre doch einer der anderen Entwürfe vorzuziehen. Sie bittet deshalb darum, zunächst entsprechende Unterlagen für eine Fraktionsberatung zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Der Entwurf stelle in seiner Kubatur einen großen Kontrast zu vorhandenen Bebauung dar,

bemerkt Stadtrat **Remmele**, der befürchte, dass das Gebäude einfach zu hoch sei. Außerdem vermisse er eine Aussage zur Parkierung.

Zusammengefasst beantwortet Herr **Kurt** die Fragen aus dem Gremium. Dabei macht er zunächst deutlich, dass es sich bei den jetzt vorgestellten Arbeiten lediglich um die Ergebnisse einer Mehrfachbeauftragung und nicht um ausgereifte Entwürfe handle. Zur Bearbeitung wurde an die beauftragten Büros ein Massenmodell ausgegeben, das die Verhältnismäßigkeit zeige und damit deutlich mache, dass es an dieser Stelle ein großes Gebäude brauche. Übrigens gingen alle Arbeiten davon aus, dass der vorhandene Spielplatz erhalten werde. Die Parkierung erfolge über die Anmietung eines Stellplatz-Kontingents im Marstall-Center.

Daraufhin sagt BM **Ilk** zu, dass die Pläne und die Einschätzung des Preisgerichtes hierzu für die Beratung in den Fraktionen zur Verfügung gestellt würden, um dann in einer nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt erneut zu beraten.

TOP 2	Sanierung Alt-Württemberg-Allee im Abschnitt Friedrich-Ebert-Straße und Hindenburgstraße
-------	---

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 2.1 und 2.2.

TOP 2.1	Entwurfs- und Baubeschluss sowie Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (Vorberatung)	Vorl.Nr. 558/14
---------	--	-----------------

Empfehlungsbeschluss:

1. Entwurfs- und Baubeschluss
Die Entwurfsplanung des Büros Planungsgruppe Stahlecker vom 18.12.2014 ist Grundlage für die Ausschreibung der Bauleistungen für die Sanierung und Umgestaltung der Alt-Württemberg-Allee. Die Gesamtkosten in Höhe von 1.200.000 € werden genehmigt.
2. Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt
Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt wird ermächtigt, die Vergaben der Arbeiten vorzunehmen.
3. Bei Kostenüberschreitungen wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Anhand eines Luftbildes, Bestandsfotos und eines Lageplanes erläutert Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) die örtlichen Gegebenheiten in der Alt-Württemberg-Allee. Außerdem verweist er auf die Vorl. Nr. 558/14 und erinnert an die vorangegangene Beschlussfassung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt, die Grundlage des jetzt vorgestellten Entwurfs zur Sanierung sei. Dabei übernehme die Planung die Größenverhältnisse des vorhandenen Straßenraums und gehe auf die historische Bedeutung der in ihrer Sachgesamtheit und Denkmalschutz stehenden Allee ein.

Anschließend geht Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) näher auf die in der Vorlage genannten Gestaltungselemente sowie auf die Bauausführung und die zur Verwendung vorgeschlagenen Materialien ein. Nun gehe es darum zu entscheiden, was konkret in der Ausschreibung enthalten sein solle, da mehrere Alternativen im Raum stünden. Zu den Grundzügen der Planung gehöre es, dass sich an der tatsächlichen Straßenbreite nichts ändere. Allerdings würden die Randsteine niedriger, so dass die parkenden Autos weiter in die senkrecht angeordneten Stellplätze einfahren könnten. Ein PKW / LKW-Begegnungsverkehr sei mit dieser Straßenbreite auf jeden Fall auch weiterhin möglich. Entsprechend der Vorlage erläutert er außerdem die Kostenberechnung sowie die geplante Finanzierung der Maßnahme, nennt das weitere Vorgehen und geht auf die Situation der Leitungsträger ein.

Seine Fraktion sehe ein deutliches Einsparpotential in der Ausführung der Maßnahme, unterstreicht Stadtrat **Thomas Lutz**. So sei man unter anderem der Meinung, dass auf das Verlegen der Ludwigsburger Platte im Gehwegbereich verzichtet werden könne. Der Zustand der Gebäude in der Alt-Württemberg-Allee beziehungsweise die Fassadenansicht rechtfertige diesen Aufwand nicht. Da der Flächenanteil relativ hoch sei, könne damit viel eingespart werden. Auch würden die Einfassung der Bäume als unproblematisch angesehen werden. Schließlich komme man im Rahmen der Sanierungsarbeiten nicht so tief, dass die Wurzeln angegriffen würden. Schließlich erkundigt er sich nach dem Vermerk auf der Entwurfsplanung, in dem von eventuell wegfallenden Stellplätzen die Rede sei. Seines Wissens nach sei dies so nicht vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschlossen worden.

Stadträtin **Dr. Knoß** ruft in Erinnerung, dass man sich bei der Beschlussfassung über den Vorentwurf über die Anordnung der Parkierung, die Gehwegbreite wie auch über die schmalen Fahrbahnen einig gewesen sei. Schließlich handle es sich um eine besondere Allee, die entsprechend ihrer historischen Bedeutung saniert werden solle. Sie mache sich vielmehr Sorgen um die Fahrradfahrer und bitte deshalb darum, die Entwässerungsrinne nur so tief wie unbedingt notwendig zu machen, da diese einen Gefahrenpunkt darstelle. Genau wie auch die Einfassung der Baumquartiere eine Gefahr für Stürzende darstelle. Sie spreche sich dafür aus, bei den Arbeiten im näheren Umkreis der Bäume nicht im Aufwand zu sparen, wenn dafür die Wurzeln unbeschädigt blieben. Wichtig sei ihr außerdem, dass die Beleuchtung hell genug sei, um im Dunkeln keine Angsträume zu schaffen.

Stadträtin **Faulhaber** ruft dazu auf, bei der Sanierung an alle Verkehrsteilnehmer zu denken. Der Entwurf gefalle ihr sehr gut, so dass sie auch bereit sei, hierfür entsprechende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die Alt-Württemberg-Allee, die stark frequentiert werde, stelle für Ludwigsburg eine Art Visitenkarte dar. Da seien die Gestaltung und auch die Pflege der Bäume sehr wichtig. Ihre Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen.

Wenn von der Verlegung der Ludwigsburger Platte und einer Baumeinfassung mit Cortenstahl die Rede sei, so frage sich Stadtrat **Remmele**, wo in dieser Planung der Denkmalschutz bleibe. Er erkundigt sich deshalb, ob von dem historischen Pflaster noch irgendetwas vorhanden sei.

Als gut bezeichnet Stadträtin **Burkhardt** die Erhaltung des Straßenquerschnitts, die Erdverkabelung der Beleuchtung und den Einsatz von LED. Außerdem sei es in Kombination mit der Verwendung von Granit und Muschelkalk nur folgerichtig, für den Gehwegbelag auf die Ludwigsburger Platte zurück zu greifen. Was ihr nicht gefalle sei die Verwendung von Cortenstahl. Hier könne auf jeden Fall eingespart werden. Sie vergewissert sich, dass die in der Vorlage genannte Abstimmung mit der Gartendenkmalpflege zwischenzeitlich erfolgt sei und freut sich, für den zu ersetzenden Ahorn eine vom BUND gespendete Linde in Aussicht stellen zu können.

Um die historische Bedeutung der Alt-Württemberg-Allee zu belegen, zeigt Herr **Kurt** Bilder, die auch zeigten, dass die historische Bebauung und die Klinkerfassaden durchaus noch vorhanden seien. Die gestalterische Aufwertung des Gehwegs sei deshalb unbedingt gerechtfertigt, zumal die Kostensteigerung bei der Verwendung der Ludwigsburger Platte gegenüber Asphalt gar nicht so hoch sei. Er stellt außerdem richtig, dass nicht die Straße selbst unter Denkmalschutz stehe, sondern die Allee als Planungselement aus den Zeiten der Stadtgründung. Den Hinweis zur Tiefe der Entwässerungsrinne werde er mitnehmen. Die von Stadtrat Thomas Lutz angesprochenen Parkplätze wurden nicht jetzt, sondern frühestens im Zuge einer Projektentwicklung Jägerhofkaserne wegfallen.

Der Ahorn sei untersucht worden und müsse tatsächlich entfernt werden, erklärt Herr **Kohler**. Als Beleuchtungselemente seien Kugelleuchten ausgewählt worden, die nicht nur nach oben, sondern auch seitlich strahlten und damit für eine ausreichende Beleuchtung sorgten. Ein historisches Pflaster sei in diesem Sinne gar nie vorhanden gewesen. Stattdessen wurde die frühere Einschotterung irgendwann durch einen Teerbelag ersetzt. Was jedoch zumindest noch teilweise vorhanden sei, sei das Travertin, das auch, soweit möglich, wieder eingebaut werde. Was die Gefährdung durch Cortenstahl angehe, so werde man entsprechende Erkundigungen einholen. Eventuell könne man den Stahl etwas abkanten.

Stadtrat **Rothacker** schlägt vor, auf die Verwendung des Cortonstahls zu verzichten und mit der Einsparung den Einbau der Ludwigsburger Platte zu finanzieren. Dies sei ein Kompromiss, mit dem seine Fraktion mitgehen könne.

Von der Verwendung farbigen Asphalts, wie von Stadtrat Link vorgeschlagen, rät BM **Ilk** ab. Ausbesserungen wären in diesem Fall überdeutlich zu erkennen. Auf Anregung aus der Mitte des Gremiums sagt BM **Ilk** zu, in die Ausschreibung die Varianten zur Gehweggestaltung, der Einfassung der Bäume und die Ausführung der Randsteine als Alternativpositionen aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Entwurfs- und Baubeschluss:

Die Entwurfsplanung für einen Minikreisverkehrsplatz an der Kreuzung der Alt-Württemberg-Allee mit der Hindenburgstraße des Büros Planungsgruppe Stahlecker vom 16.12.2014 ist Grundlage für die Ausschreibung von Bauleistungen. Die Maßnahme wird zeitlich gemeinsam mit der geplanten Straßensanierung der Alt-Württemberg-Allee zwischen der Friedrich-Ebert- und Hindenburgstraße realisiert.

- abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 0 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 0 Nein 14 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert die Vorl. Nr. 557/14 und berichtet über die verkehrstechnische Untersuchung, die für den Kreuzungsbereich der Alt-Württemberg-Allee und der Hindenburgstraße stattgefunden habe. Mit dem Einbau eines Minikreisverkehrs könne auch in besonderen Verkehrssituationen eine gute Verkehrsqualität erreicht werden. Vorteile seien außerdem die geschwindigkeitsreduzierende Wirkung und der Sicherheitsgewinn für die Fußgänger. Ob darüber hinaus an dieser Stelle ein Fußgängerüberweg zulässig wäre, sei zwar wünschenswert, müsse aber noch geprüft werden. Gegen einen Minikreisverkehr an diesem Kreuzungspunkt spräche der Zeitverlust, der sich daraus für den Busverkehr ergebe und die Kosten in Höhe von rund 90.000 Euro, die bisher nicht im Haushaltsplan veranschlagt seien.

Stadtrat **Noz** macht zu Beginn der Aussprache deutlich, dass in dieser Sache nicht mit der Zustimmung seiner Fraktion gerechnet werden könne. Die Zulässigkeit des Zebrastreifens wäre noch der einzige Vorteil. Ansonsten bringe der Minikreisverkehr keinerlei verkehrstechnische Vorteile sondern stelle lediglich eine Belästigung dar.

Der Betrag von 90.000 Euro solle nach Ansicht von Stadträtin **Dr. Knoß** an anderer Stelle eingesetzt werden. Grundsätzlich hätten Kreisverkehre ganz sicher ihre Daseinsberechtigung. Speziell an dieser Stelle werde die Notwendigkeit jedoch nicht gesehen.

Schon wegen der historischen Bedeutung der Allee sei nach Auffassung von Stadträtin **Faulhaber** ein Kreisverkehr an dieser Stelle nicht denkbar. Deshalb – und auch wegen der Beeinträchtigung des Busverkehrs – könne ihre Fraktion der Maßnahme nicht zustimmen. Stattdessen würden auch sie sich dem Vorschlag anschließen, mit dem Geld den Franksteg wieder in Betrieb zu nehmen.

Aufgrund eigener Erfahrungen gibt Stadtrat **Rothacker** zu bedenken, dass Minikreisverkehre häufig nicht als solche wahrgenommen würden. Deshalb spräche auch er sich im Namen seiner Fraktion gegen den Beschlussvorschlag aus und freue sich, dass auch andere Fraktionen sich dem Vorschlag zum Franksteg anschließen.

Das von Herrn Kurt in seinem Sachvortrag gewählte Beispiel des Kreisels in der Friedenstraße sei nach Ansicht von Stadträtin **Burkhardt** schlecht gewählt. Dieser Kiesel funktioniere tatsächlich nämlich nicht, was aber an der Planung läge. Dem heute vorgeschlagenen Minikreis in der Alt-Württemberg-Allee hätte sie durchaus zustimmen können, wenn zunächst noch einige planerische Änderungen vorgenommen worden wären.

Es gäbe durchaus gut geplante und funktionierende Minikreis, bemerkt Stadtrat **Gericke**. An dieser Stelle sei dies aber mitten in der Allee und innerhalb des barocken Stadtbildes schon aus gestalterischen Gründen nicht vorstellbar. Für den Minikreis hätte nur gesprochen, wenn dadurch auch der Zebrastreifen hätte angebracht werden können.

Stadträtin **Liepins** bittet darum, die Kreisverkehrsplanung insgesamt zeitnah zu überarbeiten, da Vieles darin enthaltene längst überholt sei.

Herr **Kurt** erinnert daran, dass dieser Prüfauftrag aus der Kreisverkehrsplanung stamme. Eine andere Möglichkeit gebe es an dieser Stelle nicht, wenn nicht in die historische Bausubstanz eingegriffen werden solle. Da die Verkehrssituation in diesem Bereich tatsächlich nicht unzumutbar sei, könne sich die Verwaltung durchaus mit dem Stimmungsbild des Gremiums einverstanden erklären. Er wolle jedoch richtig stellen, dass die Planung vom Fachbereich regelmäßig fortgeschrieben werde und sagt zu, eine entsprechende Informationsvorlage zu erstellen.

Zu den Anmerkungen zum Franksteg ergänzt Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) dass der Auftrag bereits erteilt und die Mittel dafür eingestellt seien. Die beauftragte Firma brauche aber etwas Vorlaufzeit, so dass mit der Inbetriebnahme schrittweise ab März gerechnet werden könne. Die Bahn würde sich dann mit der Ausführung ihrer Arbeiten anschließen.

Abschließend stellt BM **Ilk** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 3

Renaturierung Uferwiesen II - EU-
Fördervorhaben
- Weiterverfolgung der Variante 1
- Vergabe von Planungsleistungen

Vorl.Nr. 394/14

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die oben genannte Maßnahme auf Grundlage der Machbarkeitsstudie Variante 1 (Projektkosten nach Kostenüberschlag ca. 1,60 Mio. €) weiter auszuarbeiten und einen Entwurfs- und Baubeschluss vorzubereiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungsleistungen zu oben genannten Projekt bis zur Leistungsphase 3, Entwurfsplanung, an das Landschaftsarchitekturbüro Geitz und Partner

GbR, Freie Garten und Landschaftsarchitekten und Hydrologen, Wegländer Straße 26, 70563 Stuttgart, zu vergeben. Die Vergabesumme beträgt 41.000 €, inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenem.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert die Vorl. Nr. 394/14 und verweist auf die Machbarkeitsstudie des Büros Geitz und Partner GbR aus Stuttgart. Diese erfolge in enger Abstimmung mit dem Wasser – und Schifffahrtsamt, das mit der Planung einverstanden sei aber bedauere, selbst keine Mittel mehr in diesem Umfang zur Verfügung zu haben, wie dies bei der Umsetzung der Zugwiesen der Fall gewesen sei. Die Machbarkeitsstudie umfasse zwei Varianten, deren Kern jeweils die Verbesserung der Anlegestelle sei. Wobei die in der Variante II untersuchten Maßnahmen hierzu deutlich aufwendiger und damit auch teurer seien.

Anschließend übergibt er das Wort an Herr **Kusche**, vom Büro Geitz und Partner, der anhand eines Lageplans und Bildern vom Bestand die beiden Varianten näher vorstellt. Grundlage der Überlegungen sei es gewesen, die Anlegesituation zu verbessern und eine Erlebnisbucht zu schaffen. Die Variante gehe dabei so weit, einen kombinierten Steg neu zu bauen und dadurch auch die spätere Umgestaltung des Bereichs unterhalb der Brücke zu ermöglichen. Die Kosten, die er anhand der Vorlage erläutert, lägen bei der Variante I bei ca. 1,6 Mio. Euro und bei Variante II bei 5,1 Mio. Euro.

Frau **Preußner**, (FB Tiefbau und Grünflächen) informiert anschließend über die Förderkulissee, die ebenfalls in der Vorlage dargestellt sei. Dabei betont sie, dass eine Verlängerung des Förderzeitrahmens möglich sei, trotzdem aber jetzt gehandelt werden müsse.

Bevor BM **Ilk** die Aussprache eröffnet, macht er deutlich, dass für die Verwaltung und auch für die Schifffahrt die Variante I durchaus denkbar sei, aber selbstverständlich noch weiterentwickelt werden müsse.

Stadtrat **Braumann** kündigt die Zustimmung seiner Fraktion zur Planung der Variante I an und begründet dies. Die Uferwiesen stellten ein wichtiges Entree für Ludwigsburg dar. Die Aufwertung sei daher wichtig, auch wenn die finanzielle Unterstützung des Wasser- und Schifffahrtsamtes für diese Maßnahme geringer ausfiele. Die bisherigen Renaturierungsmaßnahmen seien gut gelungen, deshalb müsse nun der nächste Schritt angegangen werden. Da der Bereich von Radfahrern stark frequentiert sei, müsse die Wegeplanung einen Begegnungsverkehr möglich machen.

Obwohl die Fläche nicht all zu groß sei, gefielen Stadtrat **Gericke** die hierfür entwickelten Ideen. Seine Fraktion würden die weiteren Planungen daher gerne mittragen. Er rege deshalb an, dass wie in den Zugwiesen eine Trennung zwischen Fußgängerweg und Radweg erfolge. Außerdem lege seine Fraktion Wert auf einen großen und möglichst artenreichen Baumbestand, was bei den Nachpflanzungen Beachtung finden sollte.

Stadträtin **Liepins** betont, dass die Renaturierung nicht nur in ökologischer Hinsicht wichtig sei, sondern der Ludwigsburger Bevölkerung auch als Naherholung diene. Mit den bisher schon durchgeführten Maßnahmen und dieser sinnvollen Ergänzung gelänge es, den Neckar erlebbar zu machen. Ein Problem, das sie sehe, sei der Konflikt zwischen den Radfahrern und den Fußgängern, der unbedingt auch in diesem Abschnitt in den Griff zu bekommen sein müsse. Natürlich handle es sich bei den Uferwiesen II um einen relativ kleinen, aber trotzdem sehr wichtigen Abschnitt, so dass ihre Fraktion der weiteren Planung zustimmen werde. Sie spricht sich außerdem dafür aus, die Planung auch in Richtung Freibad fortzuführen, sobald die dafür erforderlichen Mittel aufgebracht werden könnten.

Als Fischer freue er sich natürlich ganz persönlich über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, so Stadtrat **Seybold**, der dem Büro Geitz und Partner sein Kompliment aussprechen wolle. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Schließlich sei Ludwigsburg eine Stadt am Fluss und dann müsse dieser auch erlebbar sein. Allerdings seien die Schäden am Ufer vor allem durch die Schifffahrt verursacht worden, so dass seiner Meinung nach dem Wasser- und Schifffahrtsamt nicht für die Kostenbeteiligung zu danken sei.

Stadträtin **Burkhardt** entgegen macht deutlich, dass sie der Planung nicht zustimmen könne. Die Begründung, die sie hierzu verliest, bittet sie zu Protokoll zu nehmen: „Die Uferbefestigung des Neckars weist nach Auskunft des zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamtes in diesem Bereich kaum Schäden auf, so dass eine Sanierung zumindest im Moment nicht nötig ist. Deshalb sind wahrscheinlich die Zuschüsse aus Stuttgart auch so stark reduziert worden. Die möglichen EU-Zuschüsse aus dem Programm „My Favourite River“ sind ebenfalls kein Grund, umfangreiche Umbaumaßnahmen an Ufern und im Fluss durchzuführen. Einmal gibt es sicher auf anderen Markungen am Neckar dringendere Arbeiten, die mit dem Geld geplant werden können. Zum anderen sind auch EU-Zuschüsse Steuergelder, deren Einsatz am schönen Hohenecker Neckarufer nicht notwendig ist. Sie haben alle vorhin das beeindruckende Bild des aktuellen Zustands gesehen. Es ist ein schönes Gebiet. Der ökologische Zustand in diesem Uferbereich ist im Gegensatz zu vielen anderen Flächen auf der Markung der Stadt Ludwigsburg sehr gut. Hier findet eine „sanfte“ Nacherholungsnutzung statt, die im Gegensatz zu den „Zugwiesen“ und den „Uferwiesen I“ keinerlei Probleme für das Gewässer und die angrenzenden Uferbereich mit sich bringt und damit auch keine finanziellen Folgekosten. Wenn die Stadt Ludwigsburg den Naherholungsdruck auf die „Zugwiesen“ und die „Uferwiesen“ oder den Favoritepark oder den Schlosspark Monrepos mindern will, wäre es auch für den Klimaschutz sinnvoller, nicht nur Wohnbauflächenplanung zu betreiben, sondern auch mal einen Landschaftsrahmenplan mit unüberbaubaren Freiflächen vorzulegen über den Gemeinderat und Bürgerschaft diskutieren können. Wir vom BUND sind der Überzeugung, dass mit den sogenannten „Renaturierungsflächen“ am Neckar, bei denen es sich tatsächlich um Sanierungen handelt, von der Stadtverwaltung versucht wird, die gesetzlich notwendigen Ausgleichsflächen für neue Wohnbaugebiete nachzuweisen, da andere Ausgleichsflächen im Stadtgebiet nicht mehr vorhanden sind. Die Gelder sollten in anderen Bereichen der Stadt investiert werden, zum Beispiel in die noch freien Gebiete zwischen B27 und Autobahn. Das ist keine nachhaltige Planung in einer Stadt, die gerade einen Nachhaltigkeitspreis bekommen hat.“

Im Anschluss geht Herr **Kohler** auf die noch offenen Fragen ein und sagt zu, die Anregungen zur artenreichen Ersatzpflanzung der Bäume mitzunehmen. Was allerdings die Trennung von Rad- und Fußweg angehe, so bringe dies tatsächlich einige Schwierigkeiten mit sich. Anhand eines Lageplans zeigt er einen Dammweg, der jedoch für Radfahrer ungeeignet sei. Statt dessen müsse der jetzige Radweg verlagert werden und statt dessen ein neuer Weg mit 3 bis 3,5 m Breite angelegt werden. Direkt entlang des Wassers können dann ein zusätzlicher Fußweg mit wassergebundenem Belag angelegt werden. Dies werde als Anregung an das Planungsbüro weitergegeben.

Sodann stellt BM **Ilk** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Antrag wird insofern entsprochen, dass die Stadt in den vergangenen Jahren bereits schon viele Grünflächen entsprechend umgewandelt hat. Die Umwandlung weiterer Flächen wird im Rahmen der Möglichkeiten angestrebt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Frau **Preußner** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert die Vorl. Nr. 555/14 und geht dabei besonders darauf ein, was in diesem Bereich in den vergangenen Jahren bereits unternommen und erreicht wurde.

Zur Veranschaulichung zeigt Herr **Schlecht** (FB Tiefbau und Grünflächen) hierzu eine Präsentation mit Fotos bereits vorhandener Magerwiesen. Die erhaltenswerte Vegetation bei Magerwiesen bedürfe eines besonderen Bodens, der deshalb häufig zunächst ausgetauscht werden müsse. Magerwiesen wurden in der Vergangenheit sowohl in Baugebieten neu angelegt als zwischenzeitlich auch im Straßenraum. Hierzu zeigt er weitere Fotos von Grünflächen unter anderem in der Frankfurter Straße und an der B27. Da an diesen Standorten die Pflege, unter anderem die Mäharbeiten, einen besonderen Aufwand darstellen, würde mehr und mehr dazu übergegangen, Stauden anzupflanzen. Auch hierzu zeigt Herr Schlecht Bilder.

Mit der Feststellung, offensichtlich auf dem richtigen Weg zu sein, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Im Namen ihrer Fraktion erklärt Stadträtin **Steinwand** den Antrag Nr. 271/14 damit für erledigt und lobt die Arbeit des Fachbereichs. Sicherlich sei damit ein großer Pflegeaufwand verbunden. Trotzdem wünsche sie sich noch mehr Grünflächen dieser Art in der Stadt. Dabei ginge es ihr trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten um noch mehr Magerwiesen und weniger um Staudenpflanzungen. Außerdem solle das Thema im Grünleitplan verankert und im Rahmen der Zukunftskonferenz mit den Bürgern erörtert werden. Vielleicht fänden sich bei dieser Gelegenheit sogar Paten für die Pflege der Grünflächen.

Stadtrat **Noz** kündigt an, dass seine Fraktion die Beschlussvorlage nicht mittragen werde. Dabei ginge es jedoch nicht darum, sich gegen die Umwandlung von Grünflächen in Magerwiesen auszusprechen. Vielmehr solle dies als Protest verstanden werden, gegen die noch immer nicht erfolgte Verabschiedung des Grünflächenplanes. Diese sei längst überfällig, so dass er beantrage, diese nun endlich zum Abschluss zu bringen.

Die Bürger mehr in die Pflege der Grünflächen einzubinden hält auch Stadtrat **Seybold** für eine gute Idee. Nur so werde deutlich, welcher Aufwand damit verbunden sei.

Stadträtin **Burkhardt** hält es für dringend erforderlich, grundsätzlich das Thema der ökologischen Wertigkeit der unterschiedlichen Grünflächen anzugehen. Damit könne sicherlich auch bei den Bürgern mehr Verständnis für ökologische Fragen geweckt werden. Was nun an angelegt worden sei, sehe tatsächlich sehr gut aus. Vor allem entlang des Straßenraums würden die Grünflächen durch den vielen Verkehr aber in ihrer Funktion eingeschränkt und optisch gestört.

Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen, kündigt Stadträtin **Liepins** an. Schließlich habe man sogar einen Haushaltsantrag gestellt, wonach 10.000 Euro für die Fortschreibung bzw. Verabschiedung des Grünleitplans in den Haushaltsplan eingestellt werden sollten. Weiter macht sie darauf aufmerksam, dass es die vorgeschlagenen Patenschaften bereits teilweise gäbe und dass auch in Poppenweiler noch Flächen zur Verfügung stünden, die sich für eine Begrünung eigneten.

In Sachen Grünleitplan gebe Stadtrat **Gericke** den Einwendungen von Stadtrat Noz Recht. Allerdings sei dies nicht im Zusammenhang mit dieser Vorlage zu sehen. Stattdessen sei es richtig, wenn die Verwaltung dort handle, wo sie Spielräume und Möglichkeiten sehe, wie hier im Bereich der Magerwiesen. In diesem Zusammenhang wolle er wissen, welche Entwicklung in der Walter-Flex-Straße erwartet werde und ob in der Hartnecker Höhe die Pflanzbeete, die durch Bauarbeiten in Mitleidenschaft gezogen worden seien, wieder gerichtet würden.

Von Stadtrat **Link** kommt außerdem noch der Vorschlag, entlang der Grünflächen entsprechende Schilder aufzustellen, um das Blumenpflücken zu unterbinden und Stadträtin **Dr. Knoß** regt an, im Bereich der Schulen die Kinder mehr in die Grüngestaltung einzubeziehen.

Abschließend kündigt BM **Ilk** an, dass der Grünleitplan nach einer letzten Abstimmung mit dem STEP bzw. dem Stadtentwicklungskonzept zur Abstimmung gebracht werde. Sodann lässt er über die Vorl. Nr. 555/14 abstimmen.

TOP 4.1

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13.07.2014

Vorl.Nr. 271/14

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Steinwand** erklärt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 271/14, mit dem Bericht und der Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 4 als erledigt.